

Deutschland erschweren die Lösung der dem Proletariat in der Gegenwart und in der Uebergangszeit gestellten Aufgabe. Eine in sich gespaltene Arbeiterklasse verzehrt ihre Kräfte im Bruderkampf; für die Umwandlung der Menschen gibt es keine Zeit. Der Bruderkampf verzögert die proletarische Revolution.

Aber nicht nur der Arbeiter, auch der sozialistische Intellektuelle hat unter der Ausschließungspolitik des alten Deutschland gelitten. Er hat bei seinem Eintritt in die Staatsverwaltung nicht erst formale Schwierigkeiten zu überwinden wie der Arbeiter — die hat er im Vorbereitungsdienst kennengelernt. Aber die Verwaltung als Ganzes ist auch ihm fremd. Daher die Tatsache, daß sonst sehr radikale Leute, wenn sie auf verantwortliche Posten gestellt werden, trotz zu Tage liegender Mängel auf dem in Frage kommenden Gebiet keine Spuren ihrer Tätigkeit zurücklassen, wenn sie nach Wochen oder Monaten den Platz verlassen; und doch bietet die demokratisch-parlamentarische Regierungsform dazu viele Möglichkeiten.

Auch die Tätigkeit des Rates der Volksbeauftragten hatte unter diesen Mängeln zu leiden. Daraus ergab sich, daß die sozialistischen Beigeordneten der einzelnen Ministerien ohne jede Instruktion von den Volksbeauftragten gelassen wurden, daß an ein systematisches Zusammenarbeiten der Volksbeauftragten und der Beigeordneten nicht gedacht wurde, daß das ganze Institut der Beigeordneten eine bloße Formalität war und vollständig unfruchtbar blieb. Es ist kein Zweifel, seit jenen Tagen hat das Proletariat sehr viel gelernt.

Ebenso schwierig oder noch schwieriger ist es, die demokratische Fabrik oder das Recht der Mitbestimmung des Arbeiters in der demokratischen Fabrik festzulegen; schwierig für den Arbeiter ist es, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Wer in einem großen Betrieb oder im Verwaltungsrat einer großen Industrie mitbestimmen will, muß die Organisation des Betriebes sowie die Zusammenhänge mit der Konkurrenz und die Bedingungen, unter denen sich der Produktions- und Zirkulationsprozeß vollzieht, auch diese Prozesse selbst einigermaßen kennen. Der kapitalistische Produktions- und Zirkulationsprozeß ist aber außerordentlich kompliziert. Er beruht auf einer tiefen Teilung der Arbeit. Die einzelnen Teile arbeiten unter ganz verschiedenen Bedingungen. Innerhalb der einzelnen Teile stehen sich die einzelnen Betriebe mit ganz gegensätzlichen Interessen gegenüber. Die im einzelnen Großbetrieb gesteigerte Teilung der Arbeit führt sogar zu gegensätzlichen Bedingungen und Interessen zwischen den einzelnen Abteilungen des Betriebes. Es sei auf den aus dem Gegensatz zwischen Spinnerei und Weberei im allgemeinen resultierenden leichten Gegensatz der Interessen der Spinnerei-Abteilung und der Weberei-Abteilung in der Spinnweberei verwiesen. Die Betriebsorganisation in der einen Gruppe einer Industrie ist unmöglich für eine andere, und umgekehrt. Die technische Ausgestaltung des einen Betriebes der gleichen Gruppe muß eine vollständig andere sein infolge Abweichungen der Produktion als im anderen Betriebe der gleichen Gruppe. Geldmarkt, Rohstoffmarkt, Markt für Hilfsstoffe usw. spielen mit. In alledem ist der Arbeiter noch nicht unterrichtet. Der Produktionsprozeß unserer Tage ist nicht so durchsichtig wie der Produktionsprozeß vergangener Wirtschaftperioden. Daher oft das Versagen unserer Betriebsräte, ihre mangelnde Befähigung, betriebsorganisatorisch zu wirken und die Belegschaft wegweisend zu informieren und ihre Bereitwilligkeit, Wünsche der Unternehmer zu erfüllen, die mit ihren eigenen und den Gemeininteressen kollidieren. Das Proletariat für diese neuen Aufgaben zu erziehen, wird durch die politische Zersplitterung verhindert. Die Einberufung eines kommunistischen Betriebsratskongresses unter Ausnutzung unserer schlimmen Lage ist ein neuer Beweis.

Auf allen diesen wichtigen Gebieten muß das Proletariat heute schon Positives leisten, wenn es seine historische Mission erfüllen soll. Diese den Produktionsprozeß und den Verwaltungsmechanismus des Staates erfassende Tätigkeit wirkt revolutionär. Es sind Arbeiter im Dienste der proletarischen Revolution. Diese Arbeit kann vom klassenbewußten Proletariat nur geleistet werden — und sie wird dann geleistet werden — wenn es in die Lage kommt, sein ganzes Sinnen und Trachten der Arbeit zuzuwenden, wenn die beruflichen Persönlichkeiten die Möglichkeit haben, ganz und ungehindert in diesem Werke aufzugehen. Im Zeichen der Zersplitterung und des Bruderkampfes ist das ganz unmöglich. Der beste Wille wird da in niedrigster Weise verkannt, die gründlichste Arbeit herabgesetzt, so daß der ehrlich Schaffende irre wird an sich selbst und seinem Werk. Warum hat Deutschlands Arbeiterklasse seit 1918 auf dem Gebiete der Gemeinwirtschaft und der Sozialisierung nichts geleistet, ganz im Gegensatz zu dem kleinen, unter gleicher Bedrängnis von außen leidenden Oesterreich? Man lese die Darlegungen Dr. Ellenbogens im „Vorwärts“ vom 30. August, wie auf Grundlage eines von der vormaligen Koalitionsregierung gestifteten Gesetzes über Gemeinwirtschaft die Arbeiter Oesterreichs in großartigen Schöpfungen der Schuh-, Leder-, Textil-, Baustoff-, Fahrzeug-, Heilmittel- und anderen Branchen die Elemente und Methoden der sozialistischen Produktion praktisch herausgearbeitet haben.

Es ist nicht nur der allerdings vielfach vorhandene Mangel an Energie, Kraft und sozialistischer Kenntnis der an leitender Stelle im Staat stehenden Personen, welche in Deutschland das verhindert hat, sondern vor allem die mangelnde Einheitlichkeit im Wollen, Verlangen und Handeln der organisierten Sozialisten im Lande. Das gleiche Glend zeigt sich auf dem Gebiete der allgemeinen Politik. Nur im Bruderkampf konnte es dem altmillitaristisch orientierten Koske möglich sein, eine Reichswehr aufzubauen, die heute allgemein im Volksorganismus als Fremdkörper und Gefahr für die Republik erkannt ist. Die gewissenlose Agitation der Rechtsputschisten, die geschaffene Mordatmosphäre, das Glend der Justiz, die Unzulänglichkeit der Wirtschaftspolitik, der Jammer der Außenhandelsstellen, die Schande des Konflikts mit Bayern, das schamlose Verhalten Hindenburgs und Ludendorffs und anderer Generäle, die wachsende Macht der Reaktion und die schwindende Kraft der Republik infolge abnehmender Kraft des sozialistischen Proletariats: das sind die Ergebnisse des jahrelangen von Rechtssozialisten und Unabhängigen in gleich rigoroser Weise geführten Bruderkampfes. Beide täuschten sich in den Lebensbedingungen politischer Parteien. Ihre allgemeinen Lebensarten über Einheitsfront und Einigung haben ihre Zauberkräfte verloren.

Das Proletariat verlangt die Einigung als Tat. In beiden Parteien widerstreben die Extreme. Ihre Uhr ist abgelaufen. Ihre Argumente widersprechen der Wirklichkeit. Was sozialistisch ist, muß sich zusammenschließen zu ernstiger Arbeit für Demokratie und Sozialismus. Damit wird allmählich, vielleicht auch sehr schnell, die kommunistisch-bakuninistische Vereinigung Werbestraft und Bedeutung verlieren und vielleicht, wie ihre Vorgänger in früheren Jahrzehnten, nach jahrelangem Sektendasein unter den Schlägen der vereinigten Sozialisten kluglos verschwinden. Es gilt, energisch und sicher den Weg zu beschreiten, der zur Einigung in einer neuen, starken, geschlossenen Sozialistenpartei Deutschlands führt. Die proletarische Revolution verlangt gebieterisch die proletarische Einigung.

Politische und ökonomische Revolution.

Die deutsche Revolution vom November 1918 sollte sein oder hätte nach Auffassung der revolutionären Arbeiterschaft nicht nur eine politische, sondern auch eine ökonomische (wirtschaftliche) sein sollen, und daß sie es nicht war und nicht wurde, das ist der Kummer derer, die sie gemacht haben.

Diesem Kummer ist hauptsächlich die Unzufriedenheit der sozialistisch gesinnten Arbeiterschaft Deutschlands mit den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen zuzuschreiben. Nicht minder die Unzufriedenheit mit der republikanischen Regierung, welche es verabsäumt habe, die ökonomische Revolution wenigstens nach der politischen wenn nicht durchzuführen so doch wenigstens einzuleiten. Jener Unzufriedenheit ist auch die politische Zersplitterung der sozialistischen Arbeiterschaft in mehrere politische Parteien zuzuschreiben, die, genau genommen, im Ziel alle ein und dasselbe wollen und nur in den Mitteln, die zum Ziel führen sollen, sich voneinander unterscheiden.

Würde den einen nachgewiesen werden, daß die von ihnen vorgeschlagenen Mittel nicht zum Ziele führen können, so würden sie sich an die von den anderen vorgeschlagenen Mittel halten müssen, wenn sie das Ziel nicht ganz aus dem Auge verlieren sollen und wollen. Und die Einigkeit wäre hergestellt.

Würde beispielsweise den Sozialdemokraten nachgewiesen werden, daß sie mit ihren gewählten Mitteln nicht zum Ziele kommen könnten, so würden sie sich wahrscheinlich für kommunistische Methoden entscheiden, vorausgesetzt, daß sie dann wenigstens erwarteten, mittels dieser zum Ziele zu gelangen. Würden aber umgekehrt die Kommunisten überzeugt werden, daß ihre Mittel nicht zum Ziele führen, sondern von ihm ab, so würden sie sich wahrscheinlich den Kampfmethoden der Sozialdemokraten anschließen, vorausgesetzt freilich, daß sie nun von ihnen erwarteten, sie könnten durch sie zum Ziele gelangen.

Anderen eine Ueberzeugung beizubringen, die diese bislang heftig bekämpften, das ist aber so schwer, daß es nur jemandem gelingen kann, der als politischer und ökonomischer Wissenschaftler wie als unentwegter Sozialist sich eines ungewöhnlichen Rufes und Ansehens erfreut.

Ein solcher Mann ist Karl Kautsky. Von ihm ist soeben ein Buch erschienen, das sich benennt „Die proletarische Revolution und ihr Programm.“ Darin wird in überzeugender Weise ein Unterschied gemacht zwischen bürgerlicher und proletarischer Revolution, und nachzuweisen gesucht — und der Nachweis ist unseres Erachtens gelungen —, daß die politische Revolution von 1918 gar keine ökonomische sein und werden konnte im Sinne der Erwartungen, die viele in sie setzten, weil eine ökonomische Revolution sich mit Erfolg im Sinne des die Kultur fördernden Sozialismus überhaupt nicht machen lasse. Wird das allgemein anerkannt, so werden auch die Meinungsverschiedenheiten über die für die ökonomische Revolution anzunehmenden Mittel schwinden, doch die Gemeinsamkeit des Ziels und seine gemeinsame Verfolgung wird bleiben.

Um diese Wirkung bei den Anhängern der „Revolutionsmacher“ zu erzielen — wir gehören nicht zu ihnen —, auch um das Interesse für das Buch bei allen Sozialisten zu erwecken, gleichviel, in welchem politischen Parteilager sie sich befinden, wollen wir einiges auf den beregten Gegenstand Bezügliches aus dem Buche abdrucken.

Kautsky sagt u. a.: „Was für den Sozialismus entscheidend wird, das ist nicht die Festsetzung einer besonderen Formel gerechter Verteilung, sondern das ist die Aufhebung der proletarischen Ausbeutung, also die Aufhebung jeglichen arbeitslosen Einkommens, die Aufhebung von Profit, Zins, Grundrente. Das ist nur möglich durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln.“

Dies und nicht der Maßstab der Verteilung sei für die Sozialisten die Hauptsache. Doch zum wirtschaftlichen Gesamtprozeß gehöre der Zirkulationsprozeß, das Kaufen und Verkaufen ebensogut, wie das Produzieren. Und auf dem Gebiete des Zirkulationsprozesses vollzogen sich die größten wirtschaftlichen Verschwendungen und Hemmungen; und hier vor allem sei es möglich, durch Plan und Organisation die sozialistische Wirtschaft produktiver zu gestalten als die kapitalistische. Das Problem werde aber mit der Entwicklung des Weltverkehrs immer schwieriger. Es müsse aber so gelöst werden, daß der Zirkulationsprozeß seinen bisherigen Regulator, den Profit, entbehren könne. Diese Aufgabe sei eine der gewaltigsten und schwierigsten, die die Weltgeschichte bisher einer siegreichen Klasse auferlegt habe, und sie mit einem Schlage zu lösen, sei unmöglich, auch nach den Angaben eines einzelnen Diktators, wie genial und erkenntnisreich er auch sein möge. Sie erheische organisatorische Fähigkeiten, praktische Erfahrungen, wissenschaftliche Kenntnisse in einem Ausmaß, wie auch der größte der Sterblichen sie nicht in seiner Person zu vereinigen vermöge. Nichts verderblicher als die Größe der Aufgabe zu unterschätzen und sich leichtfertig und sorglos an sie heranzumachen.

Ein abschreckendes Beispiel dafür sei Lenin, mit dem er sich wiederholt auseinandersetzt. Nach Lenin seien die wirtschaftlichen Vorbedingungen nicht nur für die Produktion, sondern auch für die Zirkulation im Sinne des Sozialismus erfüllt, so daß es durchaus möglich sei, von heute auf morgen zu ihm überzugehen. Alle Bürger würden Angestellte und Arbeiter eines Staatsindikats des gesamten Volkes. „Es handelt sich nur darum, daß sie alle die gleiche Arbeit leisten, das Arbeitspensum richtig innehalten und den gleichen Lohn zugewiesen erhalten. Diese Registrierung, die Ausübung dieser Kontrolle hat der Kapitalismus aufs äußerste vereinfacht, hat sie in die außerordentlich einfachen, jedem des Lesens und Schreibens Kundigen zugänglichen Operationen der Beaufsichtigung und Notierung verwandelt, für deren Ausübung die Kenntnis der vier Rechnungsarten und die Ausstellung entsprechender Quittungen genügt. Die ganze Gesellschaft wird ein Bureau und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn.“

„Nein“, sagt Kautsky, „ein gesellschaftlicher Produktionsapparat so einfacher Natur, daß jeder ihn einrichten und leiten kann, der schreiben und lesen gelernt hat, und in dem die Leiter nichts zu tun haben als die Arbeit zu überwachen und jedem den gleichen Lohn auszubezahlen — das ist keine Fabrik, das ist ein Judithaus. Selbst die einfachste Fabrik stellt höhere Anforderungen an ihre Leiter, von der Gesamtheit der gesellschaftlichen Arbeit gar nicht zu reden. — So primitiv waren die ökonomischen Vorstellungen selbst des bedeutendsten der Volksgeweihten in der Zeit, in der sie sich ansahen, die Macht zu ergreifen. In gewissem Sinne allerdings war diese fabelhafte Unwissenheit für den Bolschewismus ein Glück. Nur sie verließ ihm die Kühnheit, die ihn zum Beherrscher des gewaltigsten Staates Europas machte. Geringer war das Glück für Rußland und den Kommunismus.“

Kautsky bespricht dann die bürgerliche ökonomische Revolution und stellt sie in Gegensatz zu der proletarischen ökonomischen Revolution; diese will demselben Kapitalismus aufheben, den jene erst zur Ent-

faltung brachte. Doch der Unterschied beider liege nicht nur im Ziel, sondern auch in den Methoden. Die bürgerliche ökonomische Revolution hatte keine neuen Betriebs- und Verkehrsformen zu organisieren, die proletarische ökonomische aber hat es zu tun. Beide unterscheiden sich nicht nur durch ihr Objekt, sondern auch durch ihre Aufgabe. Und diese Aufgabe sei nicht, das alte soziale Haus, in dem wir wohnen, abzureißen und von Grund aus zu beseitigen, wie manche Sozialisten meinen. Und das Bild sei auch nicht sehr zutreffend, denn die Gesellschaft sei kein Gebäude, das man nach einem bestimmten Plan aufbaue, sondern eher mit einem Organismus zu vergleichen, der wächst und sich entwickelt. Wollte man aber das Bild vom Hause festhalten, dann dürfe man nicht vergessen, daß der Platz, auf dem das alte Haus stehe, der einzige sei, auf dem wir wohnen, produzieren, leben könnten. Wo sollten wir bleiben in der Zwischenzeit, nachdem das alte Haus abgebrochen und bevor das neue gebaut sei? Wollte man das Bild vom Hause gebrauchen, dann zeige es sich, daß wir zum neuen Gebäude nur durch einen Umbau des alten kämen, der sich vollziehen müßte, während wir weiter in ihm wohnen. Nicht rascher und rücksichtsloser Abbruch des Alten, sondern sein sorgfältiges Studium, um es möglichst zweckmäßig als Grundlage des Neuen zu benutzen, das sei die Aufgabe der proletarischen Revolution. Zu diesem Zwecke habe Marx den besten Teil seines Lebens der Erforschung der kapitalistischen Produktionsweise gewidmet, was ganz überflüssig gewesen wäre, wenn wir dem Kapital gegenüber bloß die Aufgabe raschester und rücksichtsloser Vernichtung hätten. Alle Sozialisten, die sich in den letzten Jahren mit den Problemen der Sozialisierung beschäftigt hätten, seien sich einig, daß sie nur schrittweise vor sich gehen könne, daß noch auf Jahrzehnte hinaus ein erheblicher Teil unserer Produktion kapitalistisch zu betreiben sei. Es sei nicht Aufgabe des siegreichen Proletariats, sobald es zur Macht komme, sofort den Kapitalismus nach Möglichkeit zum Stillstand zu bringen und sich misstamt den Kapitalisten dadurch zu schädigen, sondern den Fortbestand der kapitalistischen Produktion auf allen Gebieten zu ermöglichen, auf denen nicht sofortige Sozialisierung angezeigt ist.

Das ist gewiß nicht nach dem Geschmack derer, denen nichts rasch genug geht, aber nach den gedanklichen Folgerungen aller, denen es weniger auf schnelle denn auf wirksame Sozialisierung ankommt, auf solche, die nicht kulturellen Rückschritt, sondern kulturellen Fortschritt bedeutet.

Neues aus der Parolenschmiede.

Die Kommunistische Partei hat wiederum, angeblich im Auftrag der Berliner Betriebsräteversammlung, einen offenen Brief an die Arbeiterschaft Deutschlands, an die Betriebsräte, an die gewerkschaftlichen und politischen Spitzenorganisationen gerichtet. Sie will der Leuerung, dem Wucher und der Spekulation entgegenreten. Sie verlangt deshalb, daß ein Reichsbetriebsrätekonferenz spätestens in 4 Wochen einberufen werden soll und teilt gleichzeitig mit, daß der Kongreß auch dann einberufen wird, wenn sich die gewerkschaftlichen Instanzen nicht daran beteiligen. Die Kommunisten sagen unter anderem: „Beteiligten sich die Instanzen an der Vorbereitung, so wird die Vollversammlung das begrüßen, werden aber die Instanzen die Einberufung dieses Reichskongresses, der den Kampf im Reichsmaßstab einzuleiten hat, den rücksichtslosen Kampf gegen das Kapital im Interesse der Arbeiterschaft, sabotieren, so ist die Vollversammlung entschlossen, den Reichsbetriebsrätekonferenz in Verbindung mit den Kollegen im Reich auch gegen den Willen der Instanzen einzuberufen.“ Arbeiter Berlins, heißt es weiter, verlangt Bericht von Euren Betriebsräten, zwingt die Gewerkschaftsführer, Rede und Antwort zu stehen vor Euren Beauftragten, den Betriebsräten.“

In der Einleitung des offenen Briefes werden die Gewerkschaften in der niedrigsten Weise beschimpft. Es wird u. a. gesagt, die Gewerkschaftsführer denken nicht daran, ihre eigenen Beschlüsse durchzuführen. Wo bleibt der Kampf um die Erfassung der Sachwerte, den sie im November 1921 angekündigt haben, den zu führen sie der Gewerkschaftskongreß in Leipzig beauftragt hat? Es wird dann weiter den Gewerkschaften vorgeworfen, „daß sie mit Stinnes und Glöckner in Arm gehen“.

Die Berliner Betriebsrätezentrale hat nicht nur moralisch, sondern auch tatsächlich abgewerkschaftet. Nun bedarf es eines neuen Mittels, um die Betriebsrätezentrale wieder auf die Beine zu helfen. Die maßlose Leuerung, die in den letzten Wochen über das deutsche Volk hereingebrochen ist, hat den Kommunisten wieder Wasser auf ihre Mühlen getrieben. Sie glauben, daß sie nun ihren Parteifarren wieder vorwärtsbringen können. Die Betriebsräte sollen ihnen für ihre Machenschaften Vorpostendienste leisten. Wenn sie verlangen, daß die Gewerkschaften die Betriebsrätekonferenz mit vorbereiten sollen, so ist dies gar nicht ernst gemeint. Das wollen die Kommunisten nicht. Aber man tut in der Doffentlichkeit so, um ein Mittel zu haben, noch weiter gegen die Gewerkschaften hegen zu können, um auf diese Weise die Zersplitterung der Gewerkschaften herbeizuführen. Die Forderungen, die die Kommunisten aufstellen, sind derart, daß sie unter Berücksichtigung der realen Machtverhältnisse gegenwärtig nicht durchführbar sind. Man höre zu: „Die Betriebsräteversammlung ruft allen Arbeitern zu: Bildet Kontrollausschüsse, die die Preise regulieren, die Produktion überwachen, die das ganze Wirtschaftsleben des Reiches kontrollieren! Durchbricht durch Euren Betriebsräte das Bank- und Geschäftsgeheimnis; dringt mit Euren Organen ein in den Apparat der Stadtverwaltung und der Länder; überwacht mit Euren Apparat die Beschlagsnahme aller Lebensmittel, Bekleidungsstücke, Textil- und Lederwaren, Kohlen und Wohnungen.“

Schon diese Forderungen lassen erkennen, daß sie nur durchführbar sind mittels der Diktatur. Die Diktatur bedeutet den Bürgerkrieg. Gerade mit dem Bürgerkrieg spielen die Kommunisten fortgesetzt in unverantwortlicher Weise. Man hätte geglaubt, sie hätten aus dem Märzputz genügend Erfahrungen gesammelt. Aber es ist dies nicht der Fall. Es scheint, als ob die Geldgeberin der Kommunisten, die russische Sowjetregierung, von neuem wieder antreibt, um unter der Arbeiterpartei Deutschlands ein Blutbad anrichten zu lassen. Mit diesen Kindereien beforgen die Kommunisten nur die Geschäfte der Reaktion.

Die Arbeiterschaft Deutschlands wird deshalb diesen kommunistischen Aufruf ablehnen. Sie wird aber auch diesem kommunistischen Gebaren gründlich entgegenreten müssen. Wenn man den Gewerkschaften vorwirft, daß sie untätig wären und den Kampf um die Erfassung der Sachwerte nicht führten, so können wir nur eins sagen: Die Gewerkschaften führen den Kampf nicht durch fortgesetztes Parolenschmieden, durch Aufstellung unerreichbarer Forderungen, die sich nicht realisieren lassen, sondern sie führen den Kampf in der Weise, daß er letzten Endes für die Arbeiterschaft auch tatsächlich eine Erleichterung und Besserung der Verhältnisse mit sich bringt. Die Erfassung der Sachwerte ist eine rein eminent politische Frage, die nicht allein die Gewerkschaften und die politischen Parteien durchzuführen in der Lage sind, es bedarf hierzu auch des Mehrheitswillens des Volkes. Die Arbeiterschaft, soweit sie für die Forderung der Erfassung der Sachwerte eintritt, bildet noch keine Volksmehrheit. Das Bürgerum steht der Forderung der Arbeiterschaft „Erfassung der Sachwerte“ geschlossen gegenüber. Aus diesen Gründen ist der Kampf äußerst schwierig. Die Kommunisten machen sich die Sache sehr leicht: sie geben eine entsprechende Parole heraus, die meist recht kindisch ist, und die Sache ist für sie gemacht. Ernsthafte Männer, deren Handlungen von Verantwortungsgedühl getragen sind, können nicht so leichtfertig handeln.

Wir erwarten, daß unsere Kollegen diesem kommunistischen Treiben die Gefolgschaft versagen und die Forderungen der Kommunisten mit aller Entschiedenheit ablehnen.

Das Reichswirtschaftsministerium und die Deuerung.

Der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt hat in einer Sitzung des Reichstagsausschusses für Volkswirtschaft eine scharfe Rede gegen die Spekulation auf dem Devisenmarkt...

Für die Textilindustrie bestanden aus der Kriegswirtschaft heraus für die verschiedenen Faserguppen Reichswirtschaftsstellen. Die Reichswirtschaftsstellen hatten ziemlich Befugnisse, um in die Wirtschaft regulierend eingreifen zu können...

Ein weitere Tatsache ist ebenfalls bezeichnend für das Wirtschaftsministerium. Für das gesamte Textilgebiet soll ein Reichskommissar und ein stellvertretender Reichskommissar berufen werden...

Noch ein anderes. Die frühere Reichswirtschaftsstelle für Kunstspinnstoffe und Stoffabfälle, deren Gebiet der Bearbeitung von Lumpen zufiel, hatte bestimmte Lumpensorten für die Ausfuhr gesperrt...

Also wir möchten vom Wirtschaftsminister in Zukunft mehr Tatsachen sehen, weil wir wissen, daß nicht die Rede hilft, sondern nur die Tat helfen kann.

Die Textilindustrie Sachsens im Lichte der sächsischen Inspektion.

Zunächst eine Bemerkung über den Umbau der sächsischen Gewerbeinspektion. Durch eine Verordnung des sächsischen Arbeitsministeriums vom 12. Oktober 1921, über die Vorbildung, den Vorbereitungsdienst und den Befähigungsnachweis der Gewerbeaufsichtsbeamten...

Die bedeutendste Industrie in Sachsen ist zweifellos die Textilindustrie. 28 Proz. der sächsischen Bevölkerung erworben in der Vorkriegszeit ihren Lebensunterhalt in der Textilindustrie...

Das Zahlenverhältnis der in der Textilindustrie beschäftigten über 16 Jahre alten Arbeiter zur Gesamtarbeiterzahl war folgendes:

Table with 2 columns: Gesamtarbeiterzahl, davon Textilarbeiter. Rows for years 1913, 1917, 1920, 1921 and a summary row for Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiterinnen, davon Textilarbeiter.

In die Augen fällt hier, daß die Zahl der erwerbstätigen Frauen gegenüber der Vorkriegszeit zugenommen hat. Es dürfte dies seinen Grund darin haben, daß viele Frauen, die nicht mehr erwerbstätig waren, durch den Krieg gezwungen wurden...

Infolge des Daniederliegens der Textilindustrie während der Kriegszeit waren viele Textilarbeiter und -arbeiterinnen gezwungen, in anderen Berufen Unterkommen zu suchen. Nach dem obigen Zahlenbild kann man wohl annehmen, daß diese wohl zum größten Teil wieder zur Textilindustrie zurückgeführt sind...

Nach dem Jahresbericht der sächsischen Gewerbeinspektionsbeamten ist die Zahl der Betriebe in Sachsen von 7548 im Jahre 1913 auf 4289 im Jahre 1921 gesunken, obwohl von 1920 bis 1921 die Betriebe um 200 gestiegen sind...

gearbeitet wird, was man in der Friedenszeit mit Ausnahme in den Tüllgardinen- und Spitzenbetrieben nicht gekannt hat. Es war hierdurch möglich, die Arbeiter der abgebrochenen Betriebe aufzusaugen. Der außerordentlich gute Geschäftsgang in der Textilindustrie ermöglicht dies...

„Soweit genug Arbeitskräfte zur Verfügung standen, wurde von den Unternehmern teils freiwillig, teils auf Veranlassung der zuständigen Fachorganisationen der Arbeitnehmer oder des Gewerbeaufsichtsamts eine zweite Arbeitsschicht eingelegt...

Die Zahl der Heimarbeiter ist nach der Zählung vom Februar 1921 gegenüber dem Vorjahr von rund 67 000 auf rund 62 000 zurückgegangen. Gegenüber der Vorkriegszeit wird in dem Bericht bemerkt, daß nur noch 1/3 soviel Heimarbeiter im Lande beschäftigt werden wie im Berichtsjahr...

Unter anderem gesagt wird: „Bisweilen ist es kaum faßbar, und zum Teil wohl nur durch die Notlage von Kleinrentnern und alleinstehenden Witwen und anderen weiblichen Personen zu erklären, daß für solche Löhne überhaupt noch gearbeitet wurde.“

Es ist das eine Anerkennung der Tätigkeit der Gewerkschaften. Aus ihr geht zweifellos hervor, daß, insofern die Heimarbeiter einer gewerkschaftlichen Fachorganisation angehören, es möglich war, für sie Tarifverträge abzuschließen...

Es wird aber auch an anderer Stelle in dem Bericht darauf hingewiesen, daß mehrere Berichterstatter meldeben, daß trotz solcher Tarife nicht selten die betreffenden Heimarbeiter ohne ernstlichen Anlaß sich gegenseitig im Lohne unterboten und damit die tarifliche Regelung mehr oder minder unwirksam gemacht haben...

Aus der Kreisgauhauptmannschaft Chemnitz wird berichtet: „In der Stoffhandels- und Wirkwarenindustrie wurden Klagen laut, daß die Entlohnung der Hausarbeiter trotz der tariflichen Abmachungen oft eine ungerechte sei. In der Posamentenindustrie, in der fast nur die Betriebe von der Organisation erfasst werden, sind nach den Tarifvereinbarungen den Berechnungen der Hausarbeiterlöhne die Betriebsstundenlöhne zugrunde zu legen.“

Nur keine sittliche Entrüstung!

In Nr. 31 schrieben wir: „Als eine recht fragwürdige Kampfge-nossin hat sich wieder einmal die christliche „Textilarbeiter-Zeitung“ erwiesen.“

Hierzu sagt die „Christliche“ Textilarbeiter-Zeitung in Nr. 33: „Nur die blasse Furcht, Mitglieder an die „Christlichen“ zu verlieren, hat den „Textilarbeiter“ veranlaßt, Funktionären unseres Verbandes den Vorwurf des unlauteren Agitierens zu machen.“

Dazu schreibt man uns aus Langenbielau: „Soviel Worte die „Christliche“ Textilarbeiter-Zeitung gebraucht, so viel Heuchelei, das wird ihr aus Duzenden Orten unseres Verbandes gefagt werden können.“

Aber auch in der einfachen Beitragszahlung treibt der christliche Verband ein unehrliches Spiel. In der „Textilarbeiter-Zeitung“ weist er zwar darauf hin, daß der wöchentliche Beitrag ein Stundenlohn sein müsse, in Wirklichkeit denkt er gar nicht daran, dies generell durchzuführen.

Seiner unehrlichen, pardon „unlauteren Agitation“ ist sich der christliche Textilarbeiterverband aber genau bewußt, denn er weiß sowohl seine früheren, als auch die neugeworbenen resp. mit niedrigen Beiträgen herübergezogenen Mitglieder an, auf keinen Fall die Mitgliedsbücher in die Betriebe mitzubringen und den kontrollierenden Betriebsratsmitgliedern und Helfern zu zeigen, wenn die vierteljährliche Bücherkontrolle stattfindet.

in das Gewerkschaftsleben, um die so notwendige gewerkschaftliche Einheitsfront zu untergraben.

In Rengersdorf, Kreis Glatz, wo der ca. 700 Beschäftigte aufweisende Betrieb der Firma M. Kauffmann restlos organisiert ist, schickte der christliche Verband einen Angestellten Anlauf auf Reichensbach länger als eine Woche auf Hausagitation, um die gewerkschaftliche Einheit zum Nutzen des Arbeitgebers zu zerstören.

Hier drängt sich einem die Frage auf, wer bezahlt die Kosten für eine solche Agitation. Etwa der Arbeitgeber?

In Silberberg ist die Arbeiterschaft der Firma Felsmann schon mehrere Jahre im deutschen Textilarbeiterverbande organisiert, bis auf eine R., die — als auch kein Ausweichen mehr half — im christlichen Textilarbeiterverbande Mitglied wurde.

Der katholische Pfarrer scheute sich nicht, eine Frau B., die zur Beichte gegangen war, extra ins Pfarrhaus zu bestellen. Dort fragte der Pfarrer die Frau B.: „Warum sind Sie in den roten Verband gegangen? Sie müssen in den christlichen Verband gehen, Sie müssen die Religion hochhalten, sehen Sie sich mal die R. an, die hat sogar einen andern Glauben.“

Im gleichen Orte will ein junges Brautpaar heiraten. Der Bräutigam ist Vorsitzender des Wahlvereins. Der Pfarrer verlangte Niederlegung des Postens und Austritt aus der Sozialdemokratie, sonst gibt es keine kirchliche Heirat.

Un die christlich organisierte Arbeiterschaft richten wir aber die Mahnung: „Wacht auf und erkennt den Abgrund, vor dem ihr steht.“

Aus der Textilindustrie.

Der neue Textiltrust. Die Generalversammlung der Norddeutschen Jute- und Weberei in Hamburg genehmigte die Fusionsabkommen mit der Jute- und Weberei Harburg in Harburg, der Süddeutschen Juteindustrie Mannheim-Waldhof, der Jute- und Weberei Berlin-Bauhen u. G. in Bauhen und der Westdeutschen Jute- und Weberei in Beuel und beschloß die Kapitalerhöhung um 26,53 Millionen Mark Stammaktien für Umtauschzwecke und um weitere 23,47 Millionen Mark Stamm- und 5 Millionen Mark zwölftellige Vorzugsaktien.

In der Begründung wurde u. a. ausgeführt, daß die Fusionsabkommen eine Erscheinung sind, welche in den wirtschaftlichen Zuständen der Nachkriegszeit ihre Erklärung finden. Mit der fast völligen Entwertung der Mark sei eine ungeheure Erschwerung der Rohstoffbeschaffung verbunden, und dieser Umstand lasse es als dringend geboten und vorteilhaft erscheinen, die Einkäufe einer Mehrzahl von Fabriken zu zentralisieren.

Der Marktsturz und der englische Wollmarkt. In einem Bericht des „Daily Telegraph“ vom 28. August vom Wollmarkt sind u. a. die folgenden für die Rückwirkung des Marktsturzes auf den internationalen Handel kennzeichnenden Ausführungen enthalten.

Wucherische Erhöhungen der Nähgarnpreise. Durch die letzte Preisserhöhung des Nähgarns, die mit Wirkung vom 29. August in Höhe von 90 Proz. auf die letzte Preisliste der Vertreibsgesellschaft Deutscher Baumwoll-Nähgarnfabriken vom 21. August erfolgt ist, kostet eine Rolle Nähgarn (1000 Meter vierfach Ober-

garn) jetzt ab Fabrik 295 Mt., d. h. etwa das Tausendfache des Vorkriegspreises. Rohbaumwolle ist demgegenüber etwa um das 600- bis 700fache gestiegen.

Soziale Rundschau.

Zur Bekämpfung der Not

haben die gewerkschaftlichen Spitzenverbände dem Reichskanzler Vorschläge unterbreitet, von denen sie auf die nachfolgenden besonderen Wert legen:

- 1. Verschärfung der Wucherer- und Wuchererstrafgesetze, wobei unter keinen Umständen von den Behörden der sogenannte Wiederbeschaffungspreis den Handel und den Produzenten konzerniert werden dürfe. 2. Einschränkung des freien Börsenhandels. 3. Ablehnung der Forderungen der Landwirtschaft nach Erhöhung des Preises für Umlagegetreide.

Ueber diese Frage sollte nach Mitteilung des Kanzlers unter Hinzuziehung des Ernährungs- und Wirtschaftsministers eingehender gesprochen werden. Die Gewerkschaften haben den Kanzler, ihren Schritt zu ihm hin vor allem psychologisch zu bewerten. Die Gewerkschaften müßten sich mit allen Kräften dem weiteren Verfall der deutschen Wirtschaft und der weiteren Verelendung der breitesten Volksschichten entgegenstellen.

Künstlich in die Höhe getriebene Preise.

Die Preise für Bekleidungsstücke haben in letzter Zeit eine solche Höhe erreicht, daß es einem Arbeiter oder Angestellten kaum noch möglich ist, sich die notwendigen Kleidungsstücke zu beschaffen. Die Stoffe und Futterstoffe sind seit Juli d. J. um das Vierfache und darüber gestiegen. Ein Meter Angujostoff kostet heute schon 3000 Mt. und mehr.

Als im Juli der Dollar anfing, seine Sprünge zu machen, stellten mit einem Male die Großisten ihre Lieferungen ein, trotzdem die Konfektionsfirmen feste Lieferungsverträge mit ihnen abgeschlossen haben.

Die Regierung, die jetzt Maßnahmen ergreifen will, um die Not des Volkes zu lindern, ist verpflichtet, hier sofort einzugreifen, um diesen Wucher zu beseitigen.

Gesundheitswesen.

Storbut oder Hungerkrankheit.

Aus allen deutschen Großstädten kommen seit kurzem Mitteilungen, daß die gefährdete Hungerkrankheit, der Storbut, in einzelnen Fällen auftritt. Da ist es Pflicht des Fachmannes, die Bevölkerung zu warnen und die Mittel anzugeben, durch die Storbut vermieden werden kann.

Welche Nahrungsmittel enthalten nun dies Vitamin? Es entsteht ausschließlich in den grünen Blättern von Pflanzen, geht aber von ihnen in die Samen und Früchte der Pflanzen über, und es geht in das Fett und in das Milchfett der Tiere über, die grüne Blätter fressen.

Im Kriege ist die Heimat vor dem Storbut bewahrt worden durch das kleinere schlechte Brot, durch Getreide, Brennnesseln und andern Ertrag. Heute beschwören die fürchtbaren Preise für Milch, Butter und fast alles andere die Gefahr des Storbut herauf.

Berichte aus Fachkreisen.

Bauhen. Der Tod hat wieder einen unserer Besten dahingerafft. Anton Hübel ist nicht mehr. Von einem schweren Nierenleiden, welches er sich zu Anfang des Jahres zuzog, erlöste ihn am 31. August der Tod.

Literatur.

Im Verlag von J. H. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart und Buchhandlung Vorwärts in Berlin ist erschienen: Die proletarische Revolution und ihr Programm von Karl Kautsky.

Den Anlaß zu dem vorliegenden Buche gab der Wunsch des Verfassers, die Vereinigung der zwei sozialdemokratischen Parteien Deutschlands zu fördern durch die Abfassung eines Programms, das von beiden anerkannt werden könnte.

Das Buch zerfällt in zwei Teile, einem kurzen, einleitenden, der untersucht, was an dem Erfurter Programm heute noch gültig und wichtig, was an ihm überholt und zu ändern ist.

Manche Ausführungen des Verfassers werden lebhaftem Widerspruch begegnen, namentlich in den Kreisen, die den Befehlsunterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Revolution noch nicht erfaßt haben.

Arbeiter-Notizständer für 1923. Das handliche, gut gebundene Notiz- und Nachschlagebüchlein wird demnächst wieder im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin und L. H. W. Diez Nachf., erscheinen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 17. September, ist der 37. Wochenbeitrag fällig.

Auf Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Geschäftsführer und Hilfsarbeiter gesucht!

Für die Geschäftsstelle Augsburg wird ein Geschäftsführer, für Leipzig ein Hilfsarbeiter für den Außendienst gesucht.

Bedingungen: Mindestens dreijährige Mitgliedschaft und während dieser volle Beitragsleistung. Gegenwärtig gezahlte Beitragsklasse ist anzugeben.

Abwesenheitsänderungen.

Gau Hannover. Alle Zuschriften, welche die Gauleitung betreffen, sind zu richten an: Deutscher Textilarbeiterverband, Gauleitung Hannover, Nikolaistra. 10 I.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Nachen. Wilhelm Strong. Aus i. Ergebe. Martha Dietrich. Bauhen. Anton Hübel. Berlin. Maria Göhke; Paul Junge; Oskar Reichelt; Albert Rieger.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Freitag, 15. Septemb.

Verlag: Karl Hübel in Berlin, Magazinstr. 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Wessel in Berlin, für alles andere Paul Wagner in Berlin. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.